

# Meinungsbeitrag

zu den SB58 Zwischenverhandlungen zur UN-Klimakonferenz 2023  
von Line Niedeggen



## Verlust unserer Lebensgrundlage in UN-Sprache – klimabedingte Migration

Die Bonner Klimaverhandlungen haben Anfang Juni stattgefunden als Vorbereitung für die große UN-Klimakonferenz COP28 im Dezember in Dubai. Über 5000 internationale Delegierte haben sich bei der UN in Bonn getroffen, um über technische und grundlegende Fragen zum Umgang mit der Klimakrise zu verhandeln. Während die COP jährlich viel Medienaufmerksamkeit auf sich zieht, werden in Bonn schon viele Rahmenbedingungen festgelegt, unter weniger kritischer Beobachtung. Beispielsweise gab es nun viel Streit darüber, welche Tagesordnungspunkte überhaupt diskutiert werden sollen - in Bonn und Dubai. Erst am vorletzten Tag der Konferenz wurde sich auf die Tagesordnung geeinigt und dort wurde kurzerhand die Frage, wie Staaten schnell Emissionen reduzieren wollen („Mitigation“), gestrichen<sup>1</sup>.

Wer Zugang zu diesen Verhandlungsräumen erhält und Dynamiken beobachtet, sieht schnell, dass diese Verhandlungen oft deutlich klarer und radikaler sind, als die Idee von Klimaschutz, die in der deutschen Öffentlichkeit herrscht. Es geht um historische Verantwortung von Industrienationen wie Deutschland, um die heutigen dramatischen Auswirkungen der Klimakrise und neue Formen des Kolonialismus. Es geht um Schuldenerlass für den globalen Süden. Es geht vor allem um die Frage: Wer zahlt für die Auswirkungen der Klimakrise, die Anpassung daran und die Transformation zu einer klimagerechten Wirtschaft? Das ist der große Streitpunkt seit Beginn der Konferenzen. Dass Länder wie Deutschland nicht mal ein Tempolimit haben und weiterhin fossile Energien ausbauen wie in Lützerath oder im Senegal<sup>2</sup>, ist auf den Konferenzen allgemein anerkannte Peinlichkeit und lässt 'alternative Vorschläge' von der EU oder USA oft als Ablenkungstaktik erscheinen.

Während die Entscheidungsmacht bei den staatlichen Delegationen liegt, sieht man die Gestaltungsmacht der Themen immer stärker bei der Zivilgesellschaft. Seit Jahrzehnten haben sich zivilgesellschaftliche Gruppen den Zugang zu diesen Räumen erkämpft, um die Regierungen vor Ort daran zu erinnern, dass sie die Menschen und nicht fossile Konzerne vertreten. Indigene Gemeinschaften schützen den größten Teil der globalen biologischen Vielfalt und wissen seit Jahrhunderten, wie gerechte Lösungen für Menschen als Teil der Natur aussehen<sup>3</sup>. Sie arbeiten gemeinsam mit hunderten anderen Menschen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Jugendorganisationen usw. bei den UN-Konferenzen und lobbyieren, schlagen Formulierungen und Veränderungen im Prozess vor und unsere Arbeit erhält meistens wenig Anerkennung. Denn Formulierungen und Ideen gehören nicht einzelnen Gruppen. Sie werden verdreht und verwässert, bis

<sup>1</sup> <https://www.carbonbrief.org/bonn-climate-talks-key-outcomes-from-the-june-2023-un-climate-conference/>

<sup>2</sup> <https://www.klimareporter.de/international/die-senegal-connection>

<sup>3</sup> <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/davos-weltwirtschaftsforum-20-jaehrig-indigene-klimaaktivistin-helena-gualinga-gruene-transormation-a/>

Teile davon im Entscheidungstext stehen. Wir schauen erst am Ende zurück und sehen, welche unserer Forderungen aufgenommen wurden und sehen, dass alle progressiven Veränderungen ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft finden.

Eine sehr grundlegende Frage, die seit einigen Jahren häufiger durch die Zivilgesellschaft in UN-Räumen aufgemacht wird, ist der Umgang mit klimakrisen-bedingter Migration. Bereits heute sind die meisten Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, von massiven Fluten, Dürren, Ernteausfällen, Erdbeben oder Ressourcen-Konflikten betroffen. Meistens sind Auswirkungen der Klimakrise nicht die einzigen Gründe für Menschen, ihre Heimat zu verlassen, doch sie sorgen für eine schnelle Verschlechterung anderer Faktoren. Beispielsweise werden heute Dürre und Ernteausfall zwischen 2006-2010 als klare Katalysatoren für den Bürgerkrieg in Syrien gesehen<sup>4</sup>. Die meisten Umweltkatastrophen sorgen vorerst für Binnenmigration, das heißt, Menschen siedeln innerhalb ihres Heimatlandes um. Der Großteil der Menschen, die ihr Land durch Dürre, Fluten etc. verlieren, sucht Arbeit in der nächstgelegenen Stadt. Allein 2022 wurden über 31 Millionen Menschen durch Extremwetterereignisse vertrieben<sup>5</sup>. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da die Datenerhebung erst beginnt und die Zahlen deutlich höher liegen können. In vielen Fällen kehren Menschen in ihre Heimatregion nach einiger Zeit zurück und nur ein Anteil sucht langfristige Alternativen im Ausland.

Was klar ist: Die meisten Menschen möchten ihre Heimat nicht verlassen. Sie werden gezwungen, profitable Arbeit zu finden, um das Leben und Überleben ihrer Familie oder Gemeinschaft zu sichern, während die Klimakrise sich weiter zuspitzt und unsere Lebensgrundlagen entzieht. Verdrehte Vorurteile über Migrationsgründe sind zum Teil Ausdruck von fehlendem Austausch mit denjenigen, die fliehen müssen. Dabei helfen Projekte wie [KlimaGesichter](https://klimagesichter.de/) der Deutschen KlimaStiftung und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen: hier werden Menschen, die Flucht- und Migrationserfahrung haben, zu Klimabotschafter\*innen qualifiziert, um mehr Expertise in Klimaschutz-Vorhaben einzubringen<sup>6</sup>. Derartige Projekte legen den Grundstein dafür, dass Menschen in Verhandlungen Gehör finden, in der Zivilgesellschaft und den Regierungen.

Nun sorgt die Klimakrise nicht nur für Fluten und Dürren, sondern auch für den Meeresspiegelanstieg, der ganze Inseln dauerhaft überschwemmt. Hier ist es offensichtlich, dass die Bewohner\*innen von Inselstaaten ihre komplette Lebensgrundlage verlieren, da ihr Land schlicht unter Wasser sein wird. Was passiert mit der Staatsangehörigkeit eines Menschen, wenn der Staat nicht mehr existiert? Ab wann definieren wir den wortwörtlichen Untergang des Landes: Sobald das Wasser im Erdgeschoss steht oder erst wenn der Dachgiebel verschluckt wird? Abstrakte Fragen für viel zu greifbare Lebensrealitäten, denn bereits heute werden fruchtbare Gebiete zu Wüsten und Fluten gehen vielleicht zurück, aber bringen Häuser und Vieh nicht zurück. Also wenn wir Unbewohnbarkeit den Inseln zuschreiben, wenn sie untergehen, wenden wir das Prinzip dann auch heute schon auf Ostafrika an?<sup>7</sup>

In Bonn wurde eine Nebenveranstaltung zu den Verhandlungen organisiert zum Thema „Human rights, climate change and disaster induced migration & displacement: Regional Perspectives“ („Menschenrechte, Klimawandel und katastrophens-bedingte Migration & Vertreibung: Regionale

---

<sup>4</sup> <https://www.dw.com/de/wie-der-klimawandel-zum-syrien-konflikt-beitrag/a-56729725>

<sup>5</sup> <https://mediendienst-integration.de/migration/klimawandel-migration.html>

<sup>6</sup> <https://klimagesichter.de/>

<sup>7</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wissen/afrika-duerre-klimawandel-1.5554796>

Perspektiven“) mit zivilgesellschaftlicher Repräsentation aus 5 Regionen: Asien, Pazifik, Afrika, Lateinamerika und Europa.

Ihre Berichte zeigten besonders zwei Aspekte:

1. Die Klimakrise muss aufgehalten und Effekte minimiert werden, damit Menschen erst gar nicht ihre Heimat verlieren.
2. Die wachsende Kriminalisierung und Abschottung von Menschen, die umsiedeln müssen, ignoriert die Verantwortung von Industrienationen für wachsende Migration.

Auf UN-Ebene bedeutet das, dass die Verhandlungen um „Loss and Damage“ (‘Schäden und Verluste’) Migrationseffekte und Krisenunterstützung berücksichtigen müssen, aber auch, dass Verhandlungen um „Mitigation“ zu schneller Emissionsreduktion führen müssen, um die schlimmsten Schäden zu verhindern. Die Frage nach Definitionen steht stetig im Raum: meist werden lediglich wirtschaftliche Verluste berücksichtigt, doch wie gehen wir damit um, dass Gemeinschaften ihre Kultur und Sprache verlieren, wenn Sie ihre Heimat verlassen müssen?

Während die EU ihre Asylregeln verschärft, scheinen diese Debatten einigermaßen unrealistisch zu realer Verbesserung beizutragen. Menschenrechtsorganisationen sehen in den letzten Jahren große Rückschritte in ‘westlichen’ Staaten und in Deutschland sehen wir eine wachsende Kriminalisierung von Migrant\*innen und auch Klimaaktivist\*innen. Es scheint aktuell keine politische Strategie der europäischen Zivilgesellschaft gegen Rechtsruck und Faschismus zu geben, die wir dringend brauchen, wenn wir uns nicht bereits heute von unserer Menschlichkeit verabschieden wollen.

Glücklicherweise wurde auf der Nebenveranstaltung auch recht klar darüber gesprochen, wie Lösungen aussehen können: Entscheidungsträger\*innen müssen denjenigen zuhören, die lokale Unterstützungsstrukturen für vertriebene Gemeinschaften organisieren. Die Menschen wissen immer am besten, was für sie funktioniert und sogar bessere Lebensumstände für andere schaffen kann. Ein Beispiel dafür sind laut Levin in der Diskussion Bäuer\*innen in Georgien, die durch Erdrutsche umsiedeln mussten und jetzt anderes Land bearbeiten, um sich und umliegende Gemeinschaften zu versorgen<sup>8</sup>. Doch in vielen Ländern werden Klima- und Menschenrechtsaktivist\*innen nicht unterstützt, sondern aktiv verfolgt. Das sorgt langfristig für weniger lokale Reaktionsfähigkeit in Katastrophenfällen und verschärft Krisen für marginalisierte Gruppen.

Hören wir den Inselbewohner\*innen auf der Veranstaltung zu, ist die wichtigste Antwort ganz klar der sofortige Stopp von fossilen Energien. Aber auch sichere Umsiedlungsrouten, die niemanden zurücklassen, müssen ein Teil unserer Lösung sein. Ganz pragmatisch wird vor allem schnell verfügbare Finanzierung gebraucht, damit alle Menschen sich sicher bewegen können: Menschen mit Behinderungen, (Waisen-) Kinder, alte Menschen etc. Dafür muss es Geld im „Loss and Damage Fund“ geben, der auf der vorigen COP27 in Ägypten beschlossen wurde. Vor allem müssen Gelder schnell erreichbar sein, da lokale Strukturen oft spontan von jungen Menschen gestartet werden, bevor größere Organisationen Unterstützung leisten können.

Für die Zivilgesellschaft in Deutschland bringt das einen klaren Auftrag: Zuhören, was gebraucht wird und mit klaren Argumenten für Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein gegen die Abschottung Europas arbeiten. Wachsender Faschismus wird aktuell der Boden bereitet durch die Depolitisierung von grundlegend politischen Fragen: Sind wir bereit, als Gesellschaft füreinander zu

---

<sup>8</sup> <https://finchanel.com/eco-migrant-from-georgia-expands-broccoli-production-with-eu-support/78160/georgian-local-news/2020/08/>

sorgen und Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, während die rechte Stimmungsmache Keile zwischen uns treibt?

Die Vorbereitungen zur großen Klimakonferenz in Dubai Ende November laufen auf Hochtouren und wir sehen wachsende zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit über sichere Fluchtwege zu sprechen. Europäische Organisationen und Regierungen rücken das Thema bisher noch an den Rand und legen kaum politische Maßnahmen vor, die Verbesserung an den EU-Außengrenzen bringen. Das Thema wird bisher kaum in direkten Zusammenhang gestellt, während klimabedingte Migration für viele Länder offensichtlich schon Alltag ist.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten haben über 80% der Bevölkerung Migrationsgeschichte und es gibt viele praktische Beispiele, wie mit Migrationsflüssen anders umgegangen werden kann. Anders ist nicht immer gut, doch europäischen Organisationen muss klar werden, dass sie keine Deutungshoheit über Menschenrechte und Migration halten können. Das UNHCR fordert eine Delegation für Geflüchtete auf der COP28, die für ihre Rechte eintreten können, doch oft durch Visa-Regularien keinerlei Möglichkeiten zu reisen haben<sup>9</sup>. Seit 2021 gibt es beispielsweise keine Afghanische Delegation, die zivilgesellschaftliche Interessen vertreten kann. Seit einiger Zeit gibt es allerdings vermehrt Bemühungen, besonders denjenigen Zugang zu ermöglichen, die Migrationserfahrung haben. Nun werden wir auf der COP28 sehen, ob mehr Zugang auch zu mehr Mitsprache führt.

---

<sup>9</sup> <https://www.unhcr.org/news/briefing-notes/unhcr-refugees-and-displaced-people-need-seats-cop28-table>